

## A-1 Bundestagswahl in Sachsen-Anhalt: Welt retten, Zukunft schaffen!

Gremium: Landesvorstand; Steffi Lemke, Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau)  
Beschlussdatum: 19.07.2017  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

1 Die Bundestagswahl am 24. September 2017 stellt bei den großen ökologischen und  
2 gesellschaftlichen Fragen die Weichen für die Zukunft Deutschlands –. Und hat  
3 damit weitreichende Folgen für Sachsen-Anhalt und für die Menschen, die hier  
4 leben.

5 Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden mit ihrer Stimme darüber, wie wir in  
6 Zukunft leben wollen. Darüber, welches Land, welche Natur und Umwelt, welche  
7 Welt wir unseren Kindern hinterlassen wollen. Diese Bundestagswahl ist eine Wahl  
8 weit über den Moment hinaus. Wir Grüne werden um jede Stimme in Sachsen-Anhalt  
9 kämpfen.

10 Gemeinsam mit unseren Wählerinnen und Wählern setzen wir uns für ein  
11 ökologisches und klimafreundliches Deutschland ein. Wir wollen eine Umwelt mit  
12 gesunder Luft und sauberem Wasser, intakter Natur und umweltfreundlicher  
13 Landwirtschaft. Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft des Miteinanders, der  
14 Teilnahme, des Zuhörens und des Entgegenkommens. Wir wollen eine Gesellschaft,  
15 in der alle Menschen gleichberechtigt und in Würde und Freiheit leben können.  
16 Wir nehmen die Aufgabe an, die Welt zu retten, indem wir dafür kämpfen sie jeden  
17 Tag ein bisschen besser zu machen.

18 Mit Umwelt im Kopf, der Welt im Blick, Freiheit im Herzen und Gerechtigkeit im  
19 Sinn.

20 Und mit ganz viel Mut.

### 21 Umwelt im Kopf

22 Spätestens im Jahr 2017 ist die Klimakrise auch in Deutschland angekommen, denn  
23 immer mehr Wetterextreme und Starkregenereignisse machen klar – die  
24 Klimaveränderungen machen keinen Bogen um Deutschland. So hat der heißeste März  
25 seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, dem ein bitterer Frost im April folgte,  
26 relevante Ernteauffälle verursacht. Zuletzt sorgte das Sturmtief Paul für  
27 erhebliche wirtschaftliche Schäden – im Jerichower Land und in der Börde  
28 beklagen Betriebe einen Ernteausfall von bis zu 80%. Im Raum Dessau sind über  
29 zwei Drittel der Kiefern abgestorben, weil ein Schädling aus dem Mittelmeerraum  
30 die Bäume aufgrund der klimatisch veränderten Bedingungen anfallen konnte. Das  
31 Tief Zlatan brachte im Juli teilweise die doppelte bis vierfache monatliche  
32 Regenmenge in kürzester Zeit, glücklicherweise blieben größere Überschwemmungen  
33 aus. Die Klimakrise bringt zunehmend die Abläufe der Jahreszeiten auch bei uns  
34 aus dem Gleichgewicht – mit rasant steigenden Kosten für die Allgemeinheit.

35 Und die Ökosysteme geraten auf der ganzen Erde durch die Erhitzung und ihre  
36 Nebeneffekte (z.B. die Versauerung der Meere) vermehrt aus dem Gleichgewicht.  
37 Berichte über sterbende Korallenriffe, vertrocknete Landstriche und bedrohte  
38 Artenvielfalt finden sich tagtäglich in den Nachrichten lokaler, nationaler und  
39 internationaler Zeitungen wieder. Die natürlichen Ökosystemleistungen, welche  
40 wir bisher als gegeben annehmen, sind massiv bedroht und ihr Verlust wird unsere  
41 Gesellschaften verletzlicher machen.

42 Das Great Barrier Reef zum Beispiel, welches zu einem der artenreichsten  
43 Ökosysteme der Welt gehört, wurde kürzlich aufgrund der Erhitzung des Wassers  
44 und der damit einhergehenden Korallenbleiche für weitestgehend tot erklärt.  
45 Zahlreiche einzigartige Meereslebewesen sind auf die Korallenriffe angewiesen,  
46 ihr Verlust würde massive Auswirkungen auf das Leben in unseren Meeren haben.  
47 Mit ungeahnten Konsequenzen auch für uns Menschen, denn Fisch ist in vielen  
48 Ländern der Erde ein Hauptnahrungsmittel.

49 Und die Arktis schmilzt immer schneller und beschleunigt den  
50 Meeresspiegelanstieg. In den letzten 40 Jahren hat das sommerliche Eisvolumen um  
51 80% abgenommen. Wer wirklich glaubt, die Arktis wäre doch weit weg von Sachsen-  
52 Anhalt möge sich vor Augen halten, dass die Meeres- und Luftströmungen in dieser  
53 Region entscheidend das Wetter in Mitteleuropa beeinflussen.

54 Die Auswirkungen der Klimakrise bedrohen jeden Tag Menschenleben auf unserem  
55 Planeten. Einige Regionen auf der Welt werden zunehmend unbewohnbar, sei es  
56 durch den Anstieg des Meeresspiegels in Mikronesien und auf den heimischen  
57 Halligen. Oder durch immer länger anhaltende Dürreperioden, wie in weiten Teilen  
58 Afrikas, wo allein in diesem Frühjahr durch klimabedingte Dürren 20 Millionen  
59 Menschen von Hunger bedroht sind. Auch schwindende Gletscher in Gebirgsregionen  
60 bedrohen die Wasserzufuhr ganzer Ökosysteme und menschlicher Einzugsgebiete. Die  
61 durch die Klimakrise bedingte Absenkung des Grundwasserspiegels ist schon heute  
62 in mehreren Gebieten Deutschlands ein gravierendes Problem. Sie stellt aber  
63 gerade die Länder des globalen Südens vor riesige Probleme bei der  
64 Wasserversorgung. Die Klimakrise wird zum Gefahrenmultiplikator und befeuert  
65 Fluchtursachen weltweit.

66 Klimaschutz in Deutschland würde damit Fluchtursachen weltweit bekämpfen.

67 Doch es ist absurd: Seit dem Jahr 2009 haben sich die CO<sub>2</sub> Emissionen  
68 Deutschlands nicht verringert. Das bedeutet: seit zwei Legislaturperioden hat  
69 sich in Deutschland, in Sachen Klimaschutz nichts getan. Bundeskanzlerin Frau  
70 Merkel und ihre MinisterInnen verfehlen krachend die Klimaschutzziele. Dass  
71 Deutschland weltweit Hauptklimasünder bei der Verstromung von Braunkohle ist,  
72 wird in China und in den USA sehr wohl registriert. Auch der Umgang der  
73 deutschen Bundesregierung mit dem Dieselskandal hat riesige Risse in das Bild  
74 des Umweltspitzenreiters geschlagen.

75 Es ist erschreckend, aber das Ereignis von Paris, wo sich im Dezember 2015 die  
76 internationale Staatengemeinschaft auf die Begrenzung der maximalen  
77 Klimaerhitzung von möglichst 1,5° Celsius geeinigt hat, wird bereits 18 Monate  
78 später von mehreren Seiten infrage gestellt. Vielmehr drohen Klimaleugner und  
79 Akteure der fossilen Energieträger wieder an Kraft zu gewinnen. US-Präsident  
80 Donald Trump ist mit seinem verkündeten Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem  
81 Pariser Klimaabkommen das naheliegende Beispiel, doch auch in Deutschland  
82 offenbaren Teile von CDU/CSU und FDP, neben den offenen Klimaleugnern der  
83 Rechtspopulistischen AfD zunehmend, dass sie das Pariser Klimaabkommen infrage  
84 stellen. So wird ein Ende der "moralischen Erpressung" durch die Klimaforschung  
85 und der "Abschied von deutschen Sonderzielen" bei der Bekämpfung von CO<sub>2</sub>-  
86 Emissionen. Es wird sogar darüber spekuliert, ob die Klimakrise Deutschland  
87 nicht Vorteile bringen könne. Es bleibt jedoch nicht bei irrationaler Rhetorik,  
88 sondern CDU und FDP haben im Koalitionsvertrag von Nordrhein-Westfalen die Rolle

89 der Braunkohle als Brückentechnologie betont - bis mindestens 2045. Das ist  
90 faktisch die Abkehr vom Pariser Klimaschutzabkommen.

91 All dies sind alarmierende Trends und sie werden durch die Tatenlosigkeit der  
92 Bundesregierung in Sachen Klimaschutz noch verstärkt. Die Wissenschaft ist sich  
93 einig: wenn wir in den nächsten drei Jahren nicht den Höhepunkt der weltweiten  
94 CO<sup>2</sup>-Emissionen erreicht haben, wird die Klimakrise zur Klimakatastrophe. Ein  
95 solcher Kipppunkt wird die menschlichen Lebensgrundlagen unserer gesamten Erde,  
96 aber eben auch ganz konkret bei uns zuhause in Sachsen-Anhalt irreversibel  
97 verschlechtern und wenn es schlecht läuft zerstören.

98 Wir müssen handeln anstatt den Kopf in den Sand zu stecken. Der ökologische  
99 Umbau unserer Wirtschaft ist möglich und in Deutschland wie in international  
100 haben ihn viele Unternehmen längst angepackt. Dafür brauchen sie aber die  
101 Unterstützung der Politik und vor allem klare Rahmenbedingungen auf die sie sich  
102 verlässlich einstellen können.

103 Deshalb wollen wir den Kohleausstieg in Einklang zu unserem Ziel 100 Prozent  
104 Erneuerbare Energien im Strombereich bis 2030 gestalten. Die 20 dreckigsten  
105 Kohlekraftwerke wollen wir unverzüglich vom Netz nehmen, zusätzliche Mittel für  
106 energetische Gebäudesanierung bereitstellen, Energieeffizienz und  
107 Elektromobilität fördern und die Landwirtschaft umwelt- und klimaverträglich  
108 machen. Mit einem Klimaschutzgesetz beenden wir die Unverbindlichkeit in der  
109 Klimapolitik und geben Impulse für Investitionen in Klimaschutz. Für eine  
110 lebenswertere, global gerechte und klimafreundliche Zukunft.

111 Die Länder, in denen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Verantwortung tragen, nehmen  
112 Klimaschutz ernst und haben es geschafft Klimaschutzgesetze und Klimaschutzpläne  
113 auf den Weg zu bringen, welche einen klaren und alle Sektoren einbeziehenden  
114 Reduktionsplan für CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 festschreiben. Besonders für  
115 den Süden Sachsen-Anhalts bedeutet das konkret einen umfassenden Strukturwandel  
116 mit großen Herausforderungen. Dem wollen wir uns stellen, denn wir wollen nicht,  
117 dass erneut eine Regierung diesen Entwicklungen hinterherläuft, bis es zu spät  
118 ist. Wir achten darauf, dass der Ausstieg in einem breit angelegten Dialog  
119 erfolgt, wir werden ihn sozial verträglich gestalten und neue Arbeitsplätze  
120 schaffen. Wir lassen die Menschen nicht allein und fordern deshalb ein gut  
121 vorbereitetes Strukturwandelgesetz und ein Finanzierungskonzept für die  
122 Braunkohlegebiete im Land auf den Weg zu bringen. Die Finanzierung des  
123 Strukturwandels muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und  
124 Energieunternehmen sein.

125 Den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue und ihre Erweiterung sowie den Bau neuer  
126 Kohlekraftwerke werden wir verhindern und keine neuen Umsiedlungen mehr  
127 zulassen. Ein Kohleausstiegsgesetz und ein novelliertes Bergrecht schaffen  
128 hierfür die Grundlage. Das schafft Klarheit für die Unternehmen, die  
129 Beschäftigten und die Menschen in den betroffenen Regionen.

130 Wir sind auf sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft angewiesen. Darum  
131 stellen wir den Erhalt unserer Lebensgrundlage in das Zentrum unserer Politik.  
132 Wir schützen unsere Gewässer vor Gift und Plastik, nutzen Abfall als Rohstoff  
133 und schützen die Artenvielfalt.

134 In Sachsen-Anhalt bedeutet „Erhalt unserer Lebensgrundlage“ zum Beispiel auch,  
135 dass wir uns weiterhin gegen unsinnige Bauprojekte wie in Schierke stellen, die

136 neben mangelnder Nachhaltigkeit vor allem für Flächenverbrauch und die  
137 Zerstörung von Lebensräumen stehen. Den Neubau eines Skigebietes im Harz -  
138 während die Arktis schmilzt und wir auch in Sachsen-Anhalt mit immer stärkeren  
139 Wetterauschlägen zu kämpfen haben - können und wollen wir unseren Kindern und  
140 Enkeln nicht erklären müssen.

141 Unser Ziel ist eine Landwirtschaft, die ohne Gift und Tierquälerei unsere  
142 Versorgung mit gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln sichert und dabei mit der  
143 Natur und der Vielfalt der Tiere und Pflanzen arbeitet und nicht gegen sie. Wir  
144 wollen in den nächsten 20 Jahren raus aus der industriellen Massentierhaltung.  
145 Und wir wollen Artenkiller wie Glyphosat verbieten.

146 In Sachsen-Anhalt ist es unserer GRÜNEN Landwirtschaftsministerin mit kluger  
147 Förderpolitik in nur einem Jahr gelungen, den Anteil an ökologisch  
148 bewirtschafteten Flächen um ein Drittel zu erhöhen. Das nutzt den Erzeugern, den  
149 Konsumenten, den Tieren und der Natur.

150 Wir verstehen Klimaschutz auch als Instrument auf den Weg in eine sozial  
151 ökologische Transformation. Mit einer grünen Wirtschaft schützen wir nicht nur  
152 die Umwelt, sondern schaffen auch die Grundlagen für den Wohlstand von morgen.  
153 Denn wir wollen allen Menschen die Chance auf ein gutes Leben bieten unabhängig  
154 von ihrem sozialen Hintergrund, der ethnischen Herkunft oder den körperlichen  
155 Voraussetzungen. Wir treten deshalb für die sozial-ökologische Modernisierung  
156 der Industriegesellschaft ein, indem wir u.a. umweltschädliche Subventionen  
157 abbauen, die Verkehrswende starten, die Agrarwende voranbringen und in die  
158 Gesellschaft und den Klimaschutz investieren.

159 Die erneuerbaren Energien gehören dabei zu den großen Jobmotoren im Land. Mit  
160 25,3 Arbeitsplätzen je 1000 Beschäftigte liegt Sachsen-Anhalt bundesweit vorne.  
161 Die grüne Wirtschaft ist auch in Sachsen-Anhalt die Wirtschaft von morgen. Ein  
162 erheblicher Gründer- und Forschungsgeist macht sich in Sachsen-Anhalt bemerkbar.  
163 Das wollen wir ausbauen. Helle Köpfe, die Antworten finden auf die  
164 Herausforderungen der Zukunft, sind uns hochwillkommen und bringen unser Land  
165 nach vorn.

166 Die meisten Menschen wollen, dass sich etwas ändert beim Verkehr. Sie wollen  
167 mobil sein, ohne Klimagase, Lärm, Dreck und Stau zu erzeugen. Deshalb wollen wir  
168 es allen so einfach wie möglich machen, ihr Ziel schnell, zuverlässig und  
169 bequem, klima- und umweltfreundlich zu erreichen. Dazu brauchen wir eine  
170 Verkehrswende. Denn klimafreundlich können wir uns nur fortbewegen, wenn wir  
171 aufhören dabei Erdöl zu verbrennen. In Zukunft fahren wir mit erneuerbaren  
172 Energien, sauber und abgasfrei mit emissionsfreien Autos, Bus, Bahn und Fahrrad.  
173 Wir GRÜNE wollen in ein dichtes und modernes Bahnnetz investieren, in sichere  
174 und schnelle Wege für Radfahrerinnen und Radfahrer, in leise und saubere Autos  
175 und in Ladepunkte für E-Fahrzeuge um die Ecke. Wir wollen mehr Raum zum Spielen  
176 und Flanieren in unseren Städten und bessere Luft zum Atmen.

## 177 **Welt im Blick**

178 Die europäische Einigung ist eine große historische Errungenschaft. Sie  
179 bedeutet: Zusammenarbeit statt Nationalismus und - Nie wieder Krieg! Wir sind  
180 die politische Kraft, die Europa gegen den Rechtsnationalismus verteidigt und  
181 den Weg der europäischen Integration weiter geht. Deshalb wollen wir Europa mit

182 einem Green New Deal für mehr Jobs und besseren Umweltschutz voranbringen. Wir  
183 wollen das EU-Parlament stärken, Lobbymacht offenlegen und mit einem  
184 Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika dort neue Perspektiven eröffnen und  
185 Fluchtursachen effektiv bekämpfen.

186 Wir leben 2017 in einer Zeit dramatischer Umbrüche in der Weltpolitik. Kriege  
187 und Konflikte haben sich in den vergangenen Jahren weiter verschärft. In einer  
188 solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Ausrichtung, die Stärkung des  
189 Völkerrechts sowie zivile Ansätze dringender denn je. Wir wollen Rüstungsexporte  
190 in Krisenregionen und an Staaten mit einer hoch problematischen  
191 Menschenrechtslage mit einem Rüstungsexportgesetz stoppen. Eine Verdopplung der  
192 Militärausgaben wie Bundeskanzlerin Frau Merkel dies mehrfach angekündigt hat,  
193 lehnen wir entschieden ab. Wir brauchen endlich mehr und besser funktionierende  
194 Entwicklungshilfe anstelle von mehr Militär, weiter steigenden Rüstungsexporten  
195 und Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan.

196 Wir wollen Globalisierung durch die Stärkung globaler Institutionen gerechter  
197 gestalten. Dazu braucht es einen Neustart für faire Handelsabkommen, die  
198 transparent verhandelt und an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen  
199 Kriterien ausgerichtet sind. Wir lehnen TTIP, CETA und TiSA ab.  
200 Entwicklungsländern wollen wir den Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre  
201 Märkte zu schützen und ihre heimische Wirtschaft aufzubauen. Unternehmen müssen  
202 ihre Lieferketten gesetzlich verbindlich offenlegen, damit  
203 Menschenrechtsverletzungen sanktioniert werden können.

204 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt unterstützen fair-trade-Initiativen wie  
205 Fair-City. So tragen die Menschen hier ganz konkret zu fairem Handel bei.

## 206 **Freiheit im Herzen**

207 Deutschland ist heute ein weltoffenes Land. Menschen können selbst bestimmen,  
208 wie sie leben wollen. Wir kämpfen für Vielfalt, Offenheit und friedliches  
209 Zusammenleben und werden die Freiheiten weiter ausbauen, Diskriminierung abbauen  
210 und die Gleichstellung in unserem Land vorantreiben. Mit der Ehe für alle können  
211 wir einen großen Erfolg feiern und kämpfen weiter für die Akzeptanz von LSBTI\*.  
212 Menschen mit Behinderungen wollen wir ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.  
213 Mit einem Cannabiskontrollgesetz schaffen wir klare Regeln und  
214 entkriminalisieren den Eigengebrauch und privaten Anbau von Cannabis. Der  
215 Verkauf von Cannabis soll unter strenger Wahrung des Jugendschutzes erfolgen.

216 In Sachsen-Anhalt streiten wir in der Koalition für die Umsetzung des LSBTI\*  
217 Aktionsplans, wir verfolgen das gemeinsame vereinbarte Ziel konsequent, Vielfalt  
218 und Gleichheit der Lebensentwürfe zu leben.

219 Wir wollen über ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz erreichen, dass Frauen  
220 endlich genauso viel verdienen wie Männer. Mädchen und Jungen wollen wir die  
221 gleichen Chancen eröffnen. Wir wollen, dass niemand Frauen vorschreibt, wie sie  
222 zu leben haben. Dazu gehört, dass wir konsequent gegen Gewalt an Frauen  
223 vorgehen. Und dazu gehört, dass wir die Finanzierung von Frauenhäusern und  
224 Beratungsstellen sicherstellen, wie wir das in Sachsen-Anhalt geschafft haben.

225 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen  
226 starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den

227 Bürgerrechten verpflichtet ist. Wir wollen eine stärkere Präsenz von Polizei  
228 dort wo sie gebraucht wird, gründliche Ermittlungsarbeit, konsequente  
229 Strafverfolgung und zügige Verurteilung von überführten Straftätern. Deshalb  
230 wollen wir die Polizei und auch die Justiz stärken. Der Radikalisierung von  
231 Jugendlichen wollen wir vorbeugen und rechten und rechtspopulistischen Kräften  
232 in unserer Gesellschaft den Kampf ansagen.

233 Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und für ihre  
234 Rechte und Werte einstehen. Sie braucht demokratische Institutionen, die für  
235 Beteiligung offen sind. Sie braucht ein starkes Parlament, eine unabhängige  
236 Justiz und freie und unabhängige Medien. Wir wollen unsere Demokratie durch mehr  
237 Transparenz mit der Einführung eines Lobbyregisters stärken, Whistleblower  
238 gesetzlich schützen und das Wahlalter auf 16 Jahre absenken.

239 Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben ein Recht auf Sicherheit. Die erreichen wir  
240 unter anderem, in dem wir gemeinsam mit den Koalitionspartnern mehr Polizisten  
241 einstellen. Für eine Law-and-Order-Show, die das Land kein Stück sicherer macht,  
242 aber die Freiheit und bürgerliche Rechte gefährdet, stehen wir allerdings nicht  
243 zur Verfügung.

## 244 **Gerechtigkeit im Sinn**

245 Wir wollen allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben  
246 ermöglichen. Wir können und wollen es uns nicht leisten, Menschen perspektivlos  
247 und abgehängt zurückzulassen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht soziale  
248 Herkunft, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft  
249 von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Dafür werden wir  
250 10.000 Schulen fit für die Zukunft machen und Studienchancen für alle unabhängig  
251 vom Geldbeutel der Eltern eröffnen. Mit mehr Erzieherinnen und Erziehern für  
252 unsere Kleinsten werden wir die Kita-Qualität sichern.

253 In Sachsen-Anhalt haben wir gute Ideen für bessere Kitas und mehr Erzieherinnen  
254 und Erzieher, einen Teil davon konnten wir im Koalitionsvertrag verankern. Mit  
255 Rückenwind aus dem GRÜNEN Bundestagswahlprogramm kann es gelingen, noch mehr  
256 davon umzusetzen.

257 Unsere Wohnorte sollen Teilhabe und Chancen im Alltag unabhängig vom eigenen  
258 Geldbeutel ermöglichen. Ein umfangreiches und hochwertiges öffentliches Angebot  
259 vor Ort ist ein Sprungbrett ins gesellschaftliche Leben. Damit auch struktur-  
260 und finanzschwache Kommunen diesen Ansprüchen gerecht werden können, werden wir  
261 sie finanziell entlasten. Mit einer Million neuen bezahlbaren Wohnungen und  
262 einem Mietrecht ohne Schlupflöcher schaffen wir guten und günstigen Wohnraum.

263 Wir wollen alle fair an Wohlstand und Lebensqualität beteiligen. Niemand sollte  
264 in Armut leben und Wohlhabende einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir  
265 setzen uns für eine Schuldenbremse für Banken ein und wollen Steuersümpfe  
266 trocken legen. Superreiche nehmen wir in die Verantwortung, indem wir  
267 verhindern, dass obszöne Managergehälter auch noch über die Betriebsausgaben von  
268 der Allgemeinheit mitfinanziert werden und indem wir über eine verfassungsfeste,  
269 ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche Investitionen in die  
270 Zukunft ermöglichen.

271 Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger gegen die großen Risiken des Lebens gut  
272 absichern – zu fairen und gerechten Bedingungen. Dafür werden wir die  
273 gesetzliche Rente stärken, sie zur Bürgerversicherung weiterentwickeln und so  
274 das Rentenniveau stabil halten. Mit der Einführung der Bürgerversicherung im  
275 Gesundheitssystem schaffen wir eine gerechtere und bessere Gesundheitsversorgung  
276 aller. Unsere PflegeZeit Plus fördert die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

277 Für Sachsen-Anhalt bedeutet die Bürgerversicherung konkret, dass verlässlich und  
278 nachvollziehbar Geld ins Gesundheitssystem fließt. Raus aus der Zwei-Klassen-  
279 Medizin, das ist fair und sichert die medizinische und pflegerische  
280 Infrastruktur im Land.

281 Familie ist für uns überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung  
282 übernehmen. Das wollen wir mit einem modernen Familienrecht anerkennen und  
283 schützen. Familien leisten viel: füreinander, aber auch für die Gesellschaft  
284 insgesamt. Doch viele tun das unter oft schwierigen Bedingungen –  
285 alleinerziehend oder mit wenig Geld. Dank der KinderZeit Plus, die es  
286 ermöglicht, die Arbeitszeit für bestimmte Phasen zu reduzieren, sollen Eltern  
287 künftig mehr für ihre Kinder da sein können. Mit dem grünen Familien-Budget  
288 verhindern wir Kinderarmut, stärken Alleinerziehende und entlasten Familien um  
289 insgesamt 12 Milliarden Euro.

290 Kinderarmut ist in Sachsen-Anhalt ein drängendes Problem. Besonders die Kinder  
291 Alleinerziehender sind häufig betroffen. Unser Familien-Budget wirkt dem  
292 entgegen und stärkt die Familien um Land.

293 Wir wollen die Politik unseres Landes gestalten und wir wollen, dass Sachsen-  
294 Anhalt gut vorankommt. Wir wollen die Weichen für die Zukunft stellen. Die  
295 Entscheidungen der nächsten Bundesregierung werden unser Leben und das unserer  
296 Kinder prägen. Wir wollen, dass diese Entscheidungen für die Menschen in unserem  
297 Land getroffen werden und für ihre Zukunft, für den Klimaschutz und für die  
298 Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

299 Wir kämpfen für ein Deutschland, das sich Herausforderungen stellt.  
300 Ökologisch, weltoffen und sozial.

## A-2 Bedingungsloses Grundeinkommen

Gremium: Landesfachgruppe Soziales; Paul Weidner, Julia Bohlander, Ralf Bohlander, Matthias Borowiak (KV Magdeburg); Annegret Schikowsky (KV Saalekreis), Mirko Wolff (KV Altmarkkreis Salzwedel), Sam Pairavi (SV Halle)

Beschlussdatum: 19.07.2017

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zum Landesparteitag

### 1 Idee des Antrags

2 Ob als Antwort auf die kommende digitalisierte Welt, die voraussichtlich  
3 deutlich weniger Lohnarbeit bietet oder als Gesellschaftsentwicklung, das  
4 bedingungslose Grundeinkommen ist in aller Munde. Wir GRÜNE in Sachsen-Anhalt  
5 wollen auf diese Entwicklung nicht nur reagieren, sondern sie mit Mut gestalten.  
6 Grundsätzlich zielen wir dabei gesellschaftspolitisch auf den Wandel von der  
7 Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zur Bürgergesellschaft. Das Nadelöhr der  
8 Erwerbsarbeit und mithin des Arbeitsmarktes für eine vollwertige soziale  
9 Teilhabe, wollen wir überwinden. Der Mensch ist nicht zuvorderst Erwerbstätiger  
10 und dadurch sozial integriert. Vielmehr sehen wir den Menschen als Bürgerin und  
11 Bürger samt seinen Grundrechten. Diesen Bürgerstatus samt Grundrechten wollen  
12 wir um ein Grundeinkommen erweitern. Mit diesem Antrag wollen wir Eckpunkte  
13 eines solch verstandenen Grünen Grundeinkommens definieren und erste Schritte  
14 beschließen, um den Weg dahin zu gehen.

### 15 Idee des bedingungslosen Grundeinkommens

16 Mit fortschreitender Digitalisierung, Automatisierung und Spezialisierung geht  
17 der Umfang existenzsichernder Erwerbsarbeit zurück. Arbeit ist zwar weiterhin  
18 vorhanden, diese kann aber nicht mehr von jedem ausgeführt werden und ist oft  
19 nicht mehr existenzsichernd. Das aktuelle Sozialsystem bestraft Menschen für  
20 Arbeitslosigkeit, indem Grundrechte eingeschränkt werden und der betroffene  
21 Bürger teilweise entmündigt wird. Es setzt den Bürger unter Druck, jeder  
22 Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, ob diese existenzsichernd, ökologisch  
23 nachhaltig oder sinnstiftend ist oder nicht. Ein Wandel in der Sozialpolitik ist  
24 angesichts dessen dringend erforderlich. Das bedingungslose Grundeinkommen hat  
25 hier das Potential, die Menschen von diesem Leidensdruck zu befreien und ihnen  
26 die Freiheit zu geben, sich abseits des engen Fokus auf Erwerbsarbeit in unsere  
27 Gesellschaft einzubringen sowie kreative Potentiale und Eigenständigkeit  
28 anzuregen. Wir verstehen ein BGE daher als ein echtes soziales Grundrecht im  
29 Gegensatz zu den konditionalen Anspruchsberechtigungen heutiger Sozialsysteme.

30 Wir fordern ein Grundeinkommen, das Existenz und soziale Teilhabe eines jeden  
31 Bürgers und einer jeden Bürgerin in unserem Land von Geburt an ohne  
32 Einschränkung und ohne Gegenleistung sichert. Somit entfallen  
33 Bedürftigkeitsprüfungen und die Anrechnung des Grundeinkommens auf weiteres  
34 Einkommen der Person. Das Grundeinkommen darf dabei selbstverständlich  
35 zusätzliche notwendige Sozialstaatsmaßnahmen, wie Leistungen für Menschen mit  
36 Behinderungen, eine gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, aber auch eine  
37 lebensstandardsichernde Arbeitslosenversicherung, nicht ersetzen. Zugezogene  
38 können nach den gleichen Bedingungen, die bereits heute für die Aufnahme in  
39 unser bisheriges Sozialsystem gelten, einen Anspruch geltend machen.

40 Das Grundeinkommen muss den Grundbedarf decken und soziale Teilhabe sichern. Es  
41 wird zyklisch angepasst, um das einzuhalten.

## 42 Gesamtwirtschaft

43 Nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die Wirtschaft als Ganzes  
44 profitieren von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Denn ein solches bietet in  
45 erster Linie mehr Stabilität, sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als  
46 auch für die Arbeitgeber.

47 Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein solches Grundeinkommen  
48 gleichbedeutend mit einer Sicherung gegen Arbeitsplatzabbau, der infolge der  
49 Digitalisierung zwangsläufig eintreten wird bzw. bereits eingetreten ist. Der  
50 Megatrend Digitalisierung hat längst begonnen und wir GRÜNE haben die Pflicht  
51 und den Willen, diesen Wandel mitzugestalten. Neben dem Arbeitsplatzabbau sind  
52 aber auch immer mehr Menschen zur Arbeit in prekären Verhältnissen und im  
53 Niedriglohnsektor gezwungen. Auch hier kann ein Grundeinkommen Abhilfe schaffen:  
54 Indem die einzelne Arbeitnehmerin zeitweise auch ohne festen Job auskommt, kann  
55 sie sich mehr Zeit nehmen, eine Arbeit zu suchen, die wirklich zu ihr passt.  
56 Anders gesagt, schafft das bedingungslose Grundeinkommen eine Exit-Option  
57 gegenüber ausbeuterischen Verhältnissen und stärkt die Verhandlungsposition von  
58 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Menschen, die ihre Arbeit gerne machen, sind  
59 außerdem auch ganz nebenbei produktiver. Letztlich sichert ein Grundeinkommen  
60 auch Teilzeitarbeit ab, sodass diese für Familien attraktiver und einfacher zu  
61 bewerkstelligen wird.

62 Der stabilisierende Effekt eines Grundeinkommens auf Kaufkraft und  
63 Konjunkturschwankungen kommt letzten Endes auch den Arbeitgebern zugute.  
64 Wirtschaftliche Stabilität ist schließlich die Voraussetzung für sichere  
65 Arbeitsplätze und zukunftsgerichtetes Wirtschaften.

66 Zukunftsgerichtetes Wirtschaften wiederum lebt von Innovation, Kreativität und  
67 unternehmerischen Impulsen. Innovation birgt aber auch immer ein Risiko des  
68 Scheiterns, was die Gründung von Start-Ups verhindern kann. Auch hier greift  
69 wieder das Grundeinkommen und bietet eine Absicherung sollte ein Projekt  
70 schiefgehen.

71 Es stimmt, dass das bedingungslose Grundeinkommen nur funktionieren kann, wenn  
72 genügend Menschen auch weiterhin ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Doch hier sehen  
73 wir keinen Grund zur Sorge. Der Anreiz zur Erwerbsarbeit besteht nach wie vor,  
74 da das Grundeinkommen eben nicht mehr ist als eine Grundsicherung. Es wird  
75 vielmehr eine Veränderung dahingehen, dass sich Einzelne bewusster und  
76 gelassener für oder gegen einen bestimmten Arbeitsplatz entscheiden können. An  
77 der Bedeutung von Erwerbsarbeit wird sich wenig ändern.

## 78 Sozialstaat

79 Der deutsche Sozialstaatsapparat ist vor allem ein Bürokratieapparat. Eine  
80 Vielzahl von Sozialstaatsinstrumenten sorgt nicht nur für Unübersichtlichkeit,  
81 sondern bedeutet auch hohe Kosten, um den Bürokratieapparat am Laufen zu halten.  
82 Eine Zusammenlegung vieler Instrumente im bedingungslosen Grundeinkommen ist  
83 gleichbedeutend mit einer größeren Effizienz des Sozialstaates als auch enormen  
84 Einspareffekten. Durch die höhere Transparenz und die pauschale, bedingungslose  
85 Ausschüttung des Grundeinkommens erreicht der Sozialstaat bedeutend mehr  
86 Bedürftige. Aktuell hätten ca. 1,5 Millionen Menschen Anspruch auf  
87 Sozialleistungen, nehmen diese aber aus verschiedenen Gründen (z. B.  
88 Schamgefühlen) nicht wahr. Da das Grundeinkommen nicht mehr beantragt werden

89 müsste, könnte auch dieses Problem gelöst werden. Und fast ganz Nebenbei sichert  
90 das Grundeinkommen eine ausreichende Rente im Alter.

91 Soziale Sicherheit besteht aber nicht nur aus einer pauschalen Antwort für alle.  
92 Selbstverständlich ersetzt das bedingungslose Grundeinkommen keine  
93 sozialstaatlichen Maßnahmen, die für Menschen mit besonderen Einschränkungen und  
94 Bedürfnissen unerlässlich sind. Ein Abbau von sozialstaatlichen Maßnahmen unter  
95 dem Deckmantel des Grundeinkommens ist hier ausdrücklich nicht gemeint. Denn das  
96 Grundeinkommen zielt sowohl auf Verteilungsgerechtigkeit als auch auf soziale  
97 Sicherheit.

98 Soziale Aspekte (individuell) / Effekte auf Demokratie und Gesellschaft

99 Im bisherigen System der Grundsicherung, werden Menschen für Arbeitslosigkeit  
100 bestraft. Ob sie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind oder nicht, ist  
101 dabei unerheblich. Jeder Mensch, der Leistungen aus der Grundsicherung bezieht,  
102 muss seine Vermögensverhältnisse offenlegen, ist in der Wahl des Wohnortes  
103 eingeschränkt und muss jede Arbeit annehmen, ob diese existenzsichernd ist oder  
104 nicht. Weiterhin müssen Aus-, Fort- und Weiterbildungen durch die Arbeitsagentur  
105 genehmigt/finanziert werden, bei der Aufnahme eines Studiums fallen Betroffene  
106 sogar aus dem Bezug heraus. Dies setzt Arbeitssuchende nicht nur unter Druck, es  
107 schränkt auch ihre Grundrechte ein und verbindet eine berufliche  
108 Weiterentwicklung mit erheblichem bürokratischem Aufwand. Weiterhin haben  
109 bisherige Feldstudien gezeigt, dass sich das Grundeinkommen positiv auf  
110 Bildungsgrad und Gesundheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewirkt hat.

111 Abseits der existenzsichernden Arbeit ist zu erwarten, dass das BGE einen  
112 positiven Effekt auf ehrenamtliches Engagement haben. Bereits heute engagieren  
113 sich über 14 Millionen Menschen ehrenamtlich. Es ist zu erwarten, dass ein  
114 Grundeinkommen dieses Engagement stärkt und so ein Mehrwert für unsere  
115 Gesellschaft geschaffen wird.

116 Ein verstärktes ehrenamtliches Engagement breiter Bevölkerungsschichten stärkt  
117 schließlich auch die Demokratie in unserem Land. Demokratie lebt immer vom  
118 Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Das Grundeinkommen wird mehr Bürger in  
119 die Lage versetzen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Dieses  
120 Engagement muss nicht zwangsläufig in Parteimitgliedschaften münden, auch  
121 Bürgerinitiativen und Interessensverbände würden gestärkt werden.

122 Fazit: Das BGE befreit nicht nur das Individuum von Existenzängsten und  
123 staatlicher Kontrolle, auch die Gesellschaft profitiert, indem die Bürgerinnen  
124 und Bürger kreative Potentiale entfalten und sich ehrenamtlich stärker in die  
125 Gesellschaft einbringen können.

126 Bisherige Versuche zum Grundeinkommen

127 Das bedingungslose Grundeinkommen ist keinesfalls eine Erfindung des 21.  
128 Jahrhunderts, die erst im Zuge der zunehmenden Digitalisierung entstanden ist.  
129 Schon im 15. Jahrhundert beschäftigte sich der englische Humanist Thomas Morus  
130 mit der Idee der Einkommensgarantie. Erste Modellversuche gab es bereits in den  
131 1970er Jahren in Kanada. 1974 beschloss die damalige linksliberale kanadische  
132 Regierung das Mincome-Experiment, welches die Auswirkungen der Einführung eines  
133 garantierten jährlichen Grundeinkommens untersuchen sollte. 1.000 Familien  
134 erhielten in den Städten Winnipeg und Dauphin ein jährlich garantiertes  
135 Einkommen von 1.200 kanadischen Dollar (nach heutigem Stand etwa 5.500 CAD),

136 ohne sich einer Bedürftigkeitsprüfung unterziehen zu müssen. Eine  
137 wissenschaftliche Auswertung des Experiments erfolgte allerdings nicht, nachdem  
138 es 1977 zu einem abrupten Ende kam. Es zeigte sich jedoch, dass das  
139 Grundeinkommen positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Teilnehmerinnen und  
140 Teilnehmer hatte, es Teenagern ermöglichte, sich für besser für besser bezahlte  
141 Berufe zu qualifizieren oder es Männern wie Frauen mehr Zeit für die Jobsuche  
142 verschaffte.

143 Ein ähnliches Experiment fand in den Jahren 2008 und 2009 in den namibischen  
144 Dorf Otjivero statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten für die Dauer  
145 des Versuchs ein monatlich garantiertes Einkommen von 100 namibischen Dollar (6  
146 Euro). Auch hier konnten nach Beendigung des Experiments Verbesserungen in der  
147 Gesundheit und Bildung der Teilnehmenden sowie ein Aufblühen des  
148 Kleinunternehmertums verzeichnet werden.

149 Aktuell ziehen die Modellprojekte in Finnland und den Niederlanden die mediale  
150 Aufmerksamkeit auf sich. Auch in der kanadischen Provinz Ontario soll noch in  
151 diesem Jahr ein Versuch zum bedingungslosen Grundeinkommen gestartet werden.  
152 Aufgrund dessen, dass diese Versuche gerade erst begonnen haben bzw. noch  
153 beginnen werden, liegen hier noch keine Ergebnisse vor. Im Hinblick auf die  
154 Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland werden diese  
155 Ergebnisse jedoch von entscheidenderer Bedeutung sein.

#### 156 Finanzierung

157 Das Grundeinkommen soll zum einen Teil durch die Zusammenlegung von  
158 Transferleistungen zustande kommen und zum anderen durch ein faires  
159 Steuermodell. Durch eine grüne Steuer auf jeden ausgegebenen Euro, die Güter des  
160 täglichen Lebens kaum belastet aber Umweltsünden teuer zu Buche schlägt, lässt  
161 sich das BGE finanzieren und eine nachhaltige, faire Lebensweise belohnen.  
162 Gekoppelt wird dieser Transfer mit bereits von uns Grünen beschlossenen Steuern,  
163 wie der Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, Besteuerung eines zu hohen  
164 Umweltkonsums (z.B. CO<sub>2</sub>-Verbrauch). Ein erheblicher Teil wird auch durch den  
165 Bürokratieabbau gedeckt.

#### 166 Schritte zur Realisierung und Forderungen

167 Uns ist bewusst, dass der grundsätzliche Systemwechsel durch ein bedingungsloses  
168 Grundeinkommen nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Als Schritte hin  
169 zu einem BGE fordern wir daher die Ausweitung des Kindergeldes hin zu einer  
170 existenzsichernden Kindergrundsicherung. Weiterhin stehen die Abschaffung der  
171 Sanktionen im SGB II und unser Garantierentenmodell Pate für die Idee einer  
172 grundsätzlichen unverbrüchlichen Existenzsicherung, die im zweiten Fall auch  
173 ohne Bedürftigkeitsprüfung erfolgen soll. Die allgemeine Idee eines BGE soll  
174 somit in den bestehenden umgrenzten Leistungssystemen prägend werden. Damit  
175 könnte sich der Geist des BGE in den Ressortzuschnitten der einzelnen  
176 Fachministerien manifestieren.

177 Gleichzeitig ist auf Bundesebene durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission  
178 die Überführung des bestehenden Systems in ein BGE-System systematisch  
179 aufzuarbeiten und mögliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. Auf Ebene der Länder  
180 sind Debatten in den Fachministerkonferenzen anzuregen. Etwa im Rahmen der  
181 Kultusministerkonferenz, der Kinder- und Jugendministerkonferenz, der Arbeits-  
182 und Sozialministerkonferenz, der Gesundheitsministerkonferenz und der

183 Wirtschaftsministerkonferenz ist das Thema BGE unter den jeweiligen spezifischen  
184 fachpolitischen und rechtlichen Bedingungen zu diskutieren. So kann das BGE in  
185 seinen vielfachen Potentialen entwickelt und Schnittstellenprobleme zum heutigen  
186 Sozialsystem identifiziert werden.

## A-2-Neu Antrag: Bedingungsloses Grundeinkommen

Gremium: Landesfachgruppe Soziales: Paul Weidner, Julia und Ralf Bohlander, Matthias Borowiak (KV Magdeburg); Annegret Schikowsky (KV Saalekreis), Mirko Wolff (KV Altmarkkreis Salzwedel), Sam Pairavi (SV Halle)

Beschlussdatum: 17.08.2017

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zum Landesparteitag

1 Der Landesparteitag möge folgendes beschließen:

2 „Die Partei Bündnis 90/Die Grünen Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Reform des  
3 Sozialstaates ein. Hierzu möchten wir die Idee eines bedingungslosen  
4 Grundeinkommens, das soziale Teilhabe ermöglicht, in einem breiten  
5 gesellschaftlichen Spektrum bekannt machen und eine öffentliche Diskussion  
6 anregen. Ebenso fordern wir die weitere Erforschung von Konzepten zum  
7 bedingungslosen Grundeinkommen auf wissenschaftlicher Ebene und in  
8 Modellversuchen. Hier sollen insbesondere die mögliche Ausgestaltung und die  
9 Umsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens erforscht werden.“

## Begründung

### Idee des Antrags

Ob als Antwort auf die kommende digitalisierte Welt, die voraussichtlich deutlich weniger Lohnarbeit bietet oder als Gesellschaftsentwicklung, das bedingungslose Grundeinkommen ist in aller Munde. Wir GRÜNE in Sachsen-Anhalt wollen auf diese Entwicklung nicht nur reagieren, sondern sie mit Mut gestalten. Grundsätzlich zielen wir dabei gesellschaftspolitisch auf den Wandel von der Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zur Bürgergesellschaft. Das Nadelöhr der Erwerbsarbeit und mithin des Arbeitsmarktes für eine vollwertige soziale Teilhabe, wollen wir überwinden. Der Mensch ist nicht zuvorderst Erwerbstätiger und dadurch sozial integriert. Vielmehr sehen wir den Menschen als Bürgerin und Bürger samt seinen Grundrechten. Diesen Bürgerstatus samt Grundrechten wollen wir um ein Grundeinkommen erweitern. Mit diesem Antrag wollen wir Eckpunkte eines solch verstandenen Grünen Grundeinkommens definieren und erste Schritte beschließen, um den Weg dahin zu gehen.

### Idee des bedingungslosen Grundeinkommens

Mit fortschreitender Digitalisierung, Automatisierung und Spezialisierung geht der Umfang existenzsichernder Erwerbsarbeit zurück. Arbeit ist zwar weiterhin vorhanden, diese kann aber nicht mehr von jedem ausgeführt werden und ist oft nicht mehr existenzsichernd. Das aktuelle Sozialsystem bestraft Menschen für Arbeitslosigkeit, indem Grundrechte eingeschränkt werden und der betroffene Bürger teilweise entmündigt wird. Es setzt den Bürger unter Druck, jeder Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, ob diese existenzsichernd, ökologisch nachhaltig oder sinnstiftend ist oder nicht. Ein Wandel in der Sozialpolitik ist angesichts dessen dringend erforderlich. Das bedingungslose Grundeinkommen hat hier das Potential, die Menschen von diesem Leidensdruck zu befreien und ihnen die Freiheit zu geben, sich abseits des engen Fokus auf Erwerbsarbeit in unsere Gesellschaft einzubringen sowie kreative Potentiale und Eigenständigkeit anzuregen. Wir verstehen ein BGE daher als ein echtes soziales Grundrecht im Gegensatz zu den konditionalen Anspruchsberechtigungen heutiger Sozialsysteme.

Wir fordern ein Grundeinkommen, das Existenz und soziale Teilhabe eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin in unserem Land von Geburt an ohne Einschränkung und ohne Gegenleistung sichert. Somit entfallen Bedürftigkeitsprüfungen und die Anrechnung des Grundeinkommens auf weiteres

Einkommen der Person. Das Grundeinkommen darf dabei selbstverständlich zusätzliche notwendige Sozialstaatsmaßnahmen, wie Leistungen für Menschen mit Behinderungen, eine gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung, aber auch eine lebensstandardsichernde Arbeitslosenversicherung, nicht ersetzen. Zugezogene können nach den gleichen Bedingungen, die bereits heute für die Aufnahme in unser bisheriges Sozialsystem gelten, einen Anspruch geltend machen.

Das Grundeinkommen muss den Grundbedarf decken und soziale Teilhabe sichern. Es wird zyklisch angepasst, um das einzuhalten.

#### Gesamtwirtschaft

Nicht nur einzelne Unternehmen, sondern auch die Wirtschaft als Ganzes profitieren von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Denn ein solches bietet in erster Linie mehr Stabilität, sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber.

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein solches Grundeinkommen gleichbedeutend mit einer Sicherung gegen Arbeitsplatzabbau, der infolge der Digitalisierung zwangsläufig eintreten wird bzw. bereits eingetreten ist. Der Megatrend Digitalisierung hat längst begonnen und wir GRÜNE haben die Pflicht und den Willen, diesen Wandel mitzugestalten. Neben dem Arbeitsplatzabbau sind aber auch immer mehr Menschen zur Arbeit in prekären Verhältnissen und im Niedriglohnsektor gezwungen. Auch hier kann ein Grundeinkommen Abhilfe schaffen: Indem die einzelne Arbeitnehmerin zeitweise auch ohne festen Job auskommt, kann sie sich mehr Zeit nehmen, eine Arbeit zu suchen, die wirklich zu ihr passt. Anders gesagt, schafft das bedingungslose Grundeinkommen eine Exit-Option gegenüber ausbeuterischen Verhältnissen und stärkt die Verhandlungsposition von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Menschen, die ihre Arbeit gerne machen, sind außerdem auch ganz nebenbei produktiver. Letztlich sichert ein Grundeinkommen auch Teilzeitarbeit ab, sodass diese für Familien attraktiver und einfacher zu bewerkstelligen wird.

Der stabilisierende Effekt eines Grundeinkommens auf Kaufkraft und Konjunkturschwankungen kommt letzten Endes auch den Arbeitgebern zugute. Wirtschaftliche Stabilität ist schließlich die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze und zukunftsgerichtetes Wirtschaften.

Zukunftsgerichtetes Wirtschaften wiederum lebt von Innovation, Kreativität und unternehmerischen Impulsen. Innovation birgt aber auch immer ein Risiko des Scheiterns, was die Gründung von Start-Ups verhindern kann. Auch hier greift wieder das Grundeinkommen und bietet eine Absicherung sollte ein Projekt schiefgehen.

Es stimmt, dass das bedingungslose Grundeinkommen nur funktionieren kann, wenn genügend Menschen auch weiterhin ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Doch hier sehen wir keinen Grund zur Sorge. Der Anreiz zur Erwerbsarbeit besteht nach wie vor, da das Grundeinkommen eben nicht mehr ist als eine Grundsicherung. Es wird vielmehr eine Veränderung dahingehen, dass sich Einzelne bewusster und gelassener für oder gegen einen bestimmten Arbeitsplatz entscheiden können. An der Bedeutung von Erwerbsarbeit wird sich wenig ändern.

#### Sozialstaat

Der deutsche Sozialstaatsapparat ist vor allem ein Bürokratieapparat. Eine Vielzahl von Sozialstaatsinstrumenten sorgt nicht nur für Unübersichtlichkeit, sondern bedeutet auch hohe Kosten, um den Bürokratieapparat am Laufen zu halten. Eine Zusammenlegung vieler Instrumente im bedingungslosen Grundeinkommen ist gleichbedeutend mit einer größeren Effizienz des Sozialstaates als auch enormen Einspareffekten. Durch die höhere Transparenz und die pauschale, bedingungslose Ausschüttung des Grundeinkommens erreicht der Sozialstaat bedeutend mehr Bedürftige. Aktuell hätten ca. 1,5 Millionen Menschen Anspruch auf Sozialleistungen, nehmen diese aber aus verschiedenen Gründen (z. B. Schamgefühlen) nicht wahr. Da das Grundeinkommen nicht mehr

beantragt werden müsste, könnte auch dieses Problem gelöst werden. Und fast ganz Nebenbei sichert das Grundeinkommen eine ausreichende Rente im Alter.

Soziale Sicherheit besteht aber nicht nur aus einer pauschalen Antwort für alle. Selbstverständlich ersetzt das bedingungslose Grundeinkommen keine sozialstaatlichen Maßnahmen, die für Menschen mit besonderen Einschränkungen und Bedürfnissen unerlässlich sind. Ein Abbau von sozialstaatlichen Maßnahmen unter dem Deckmantel des Grundeinkommens ist hier ausdrücklich nicht gemeint. Denn das Grundeinkommen zielt sowohl auf Verteilungsgerechtigkeit als auch auf soziale Sicherheit.

Soziale Aspekte (individuell) / Effekte auf Demokratie und Gesellschaft

Im bisherigen System der Grundsicherung, werden Menschen für Arbeitslosigkeit bestraft. Ob sie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind oder nicht, ist dabei unerheblich. Jeder Mensch, der Leistungen aus der Grundsicherung bezieht, muss seine Vermögensverhältnisse offenlegen, ist in der Wahl des Wohnortes eingeschränkt und muss jede Arbeit annehmen, ob diese existenzsichernd ist oder nicht. Weiterhin müssen Aus-, Fort- und Weiterbildungen durch die Arbeitsagentur genehmigt/finanziert werden, bei der Aufnahme eines Studiums fallen Betroffene sogar aus dem Bezug heraus. Dies setzt Arbeitssuchende nicht nur unter Druck, es schränkt auch ihre Grundrechte (Freizügigkeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes sind eingeschränkt) ein und verbindet eine berufliche Weiterentwicklung mit erheblichem bürokratischem Aufwand. Weiterhin haben bisherige Feldstudien gezeigt, dass sich das Grundeinkommen positiv auf Bildungsgrad und Gesundheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewirkt hat.

Abseits der existenzsichernden Arbeit ist zu erwarten, dass das BGE einen positiven Effekt auf ehrenamtliches Engagement haben. Bereits heute engagieren sich über 14 Millionen Menschen ehrenamtlich. Es ist zu erwarten, dass ein Grundeinkommen dieses Engagement stärkt und so ein Mehrwert für unsere Gesellschaft geschaffen wird.

Ein verstärktes ehrenamtliches Engagement breiter Bevölkerungsschichten stärkt schließlich auch die Demokratie in unserem Land. Demokratie lebt immer vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Das Grundeinkommen wird mehr Bürger in die Lage versetzen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Dieses Engagement muss nicht zwangsläufig in Parteimitgliedschaften münden, auch Bürgerinitiativen und Interessensverbände würden gestärkt werden.

Fazit: Das BGE befreit nicht nur das Individuum von Existenzängsten und staatlicher Kontrolle, auch die Gesellschaft profitiert, indem die Bürgerinnen und Bürger kreative Potentiale entfalten und sich ehrenamtlich stärker in die Gesellschaft einbringen können.

Bisherige Versuche zum Grundeinkommen

Das bedingungslose Grundeinkommen ist keinesfalls eine Erfindung des 21. Jahrhunderts, die erst im Zuge der zunehmenden Digitalisierung entstanden ist. Schon im 15. Jahrhundert beschäftigte sich der englische Humanist Thomas Morus mit der Idee der Einkommensgarantie. Erste Modellversuche gab es bereits in den 1970er Jahren in Kanada. 1974 beschloss die damalige linksliberale kanadische Regierung das Mincome-Experiment, welches die Auswirkungen der Einführung eines garantierten jährlichen Grundeinkommens untersuchen sollte. 1.000 Familien erhielten in den Städten Winnipeg und Dauphin ein jährlich garantiertes Einkommen von 1.200 kanadischen Dollar (nach heutigem Stand etwa 5.500 CAD), ohne sich einer Bedürftigkeitsprüfung unterziehen zu müssen. Eine wissenschaftliche Auswertung des Experiments erfolgte allerdings nicht, nachdem es 1977 zu einem abrupten Ende kam. Es zeigte sich jedoch, dass das Grundeinkommen positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte, es Teenagern ermöglichte, sich für besser für besser bezahlte Berufe zu qualifizieren oder es Männern wie Frauen mehr Zeit für die Jobsuche verschaffte.

Ein ähnliches Experiment fand in den Jahren 2008 und 2009 in den namibischen Dorf Otjivero statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten für die Dauer des Versuchs ein monatlich garantiertes Einkommen von 100 namibischen Dollar (6 Euro). Auch hier konnten nach Beendigung des Experiments Verbesserungen in der Gesundheit und Bildung der Teilnehmenden sowie ein Aufblühen des Kleinunternehmertums verzeichnet werden.

Aktuell ziehen die Modellprojekte in Finnland und den Niederlanden die mediale Aufmerksamkeit auf sich. Auch in der kanadischen Provinz Ontario soll noch in diesem Jahr ein Versuch zum bedingungslosen Grundeinkommen gestartet werden. Aufgrund dessen, dass diese Versuche gerade erst begonnen haben bzw. noch beginnen werden, liegen hier noch keine Ergebnisse vor. Im Hinblick auf die Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen in Deutschland werden diese Ergebnisse jedoch von entscheidenderer Bedeutung sein.

#### Finanzierung

Erste Berechnungen und Modelle zur Finanzierung eines Grundeinkommens wurden bereits angestellt (z.B. durch Dieter Althaus und Götz Werner). Es müssen allerdings weitere Untersuchungen zur Finanzierbarkeit und dazu passenden Steuermodellen angestellt werden. Auch hierfür möchten wir uns einsetzen.

#### Mögliche Schritte zur Realisierung

Uns ist bewusst, dass der grundsätzliche Systemwechsel durch ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Als Schritte hin zu einem BGE möchten wir daher die Ausweitung des Kindergeldes hin zu einer existenzsichernden Kindergrundsicherung realisieren. Weiterhin stehen die Abschaffung der Sanktionen im SGB II und unser Garantierentenmodell Pate für die Idee einer grundsätzlichen unverbrüchlichen Existenzsicherung, die im zweiten Fall auch ohne Bedürftigkeitsprüfung erfolgen soll. Die allgemeine Idee eines BGE soll somit in den bestehenden umgrenzten Leistungssystemen prägend werden. Damit könnte sich der Geist des BGE in den Ressortzuschnitten der einzelnen Fachministerien manifestieren.

Gleichzeitig ist auf Bundesebene durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission die Überführung des bestehenden Systems in ein BGE-System systematisch aufzuarbeiten und mögliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. Auf Ebene der Länder sind Debatten in den Fachministerkonferenzen anzuregen. Etwa im Rahmen der Kultusministerkonferenz, der Kinder- und Jugendministerkonferenz, der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, der Gesundheitsministerkonferenz und der Wirtschaftsministerkonferenz ist das Thema BGE unter den jeweiligen spezifischen fachpolitischen und rechtlichen Bedingungen zu diskutieren. So kann das BGE in seinen vielfachen Potentialen entwickelt und Schnittstellenprobleme zum heutigen Sozialsystem identifiziert werden.

## A-3 Testlauf papierlose Parteitage

Antragsteller\*in: Marcus Geiger, Christoph Kaßner (beide KV Dessau-Roßlau)  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zum Landesparteitag

- 1 Der Parteitag möge beschließen, dass alle folgenden Parteitage und
- 2 Landesdelegiertenräte in 2017 und 2018 testweise nahezu papierlos abgehalten
- 3 werden, soweit satzungsmäßig zulässig. Dazu wird insbesondere auf den
- 4 Vorratsdruck von Unterlagen verzichtet. Delegierte können stattdessen bei Bedarf
- 5 vor Ort im Parteitagbüro einzelne Anträge ausgedruckt bekommen.

### Begründung

Wir sind die Partei, die sich den Natur- und Umweltschutz auf die Fahnen geschrieben hat. Dennoch verdrucken wir tausende Blätter Papier für Antragsunterlagen, die oft nicht einmal gelesen werden. Dabei werden diese Unterlagen schon heute an die meisten Delegierten digital übermittelt. Nur noch ein geringer Anteil bekommt die Unterlage in schriftlicher Form. Dennoch liegen bei den Parteitag und LDR stapelweise ausgedruckte Antragsunterlagen aus. Darüber hinaus werden tagesaktuelle Änderungen oder modifizierte Übernahmen oftmals noch in Papierform an alle verteilt.

Eine Abkehr von dieser Verfahrensweise würde neben den ökologischen Ressourcen auch Man-/ Girlpower in unseren eigenen Reihen einsparen. Es müssten keine tagesaktuellen Änderungsanträge mehr Just- in-Time gedruckt und verteilt werden. Dabei ist der Aufwand für die digitale Bereitstellung der Daten aus unserer Sicht überschaubar. Neben dem, auf Parteitag immer wieder geforderten, kostenfreien W-Lan ist nur eine Cloud oder ein Server zur Datenbereitstellung notwendig. Die Delegierten, die nicht über einen digitalen Zugang verfügen, sollen selbstverständlich auch in Zukunft die Unterlagen in schriftlicher Form erhalten. Dies sollte im Vorfeld angemeldet werden.

Lasst uns mit einem ökologisch guten Beispiel vorangehen und auf die Papierflut in Zukunft verzichten.

## A-4 Streuobst – nicht nur ein wertvolles Habitat

Gremium: LFG Land- und Forstwirtschaft, KV Burgenlandkreis  
Beschlussdatum: 10.08.2017  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge zum Landesparteitag

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Streuobstanbau ist ein wichtiges Element naturnaher Landbewirtschaftung. Er  
3 verweist auf vielfältige traditionelle Anbausysteme, prägt charakteristische  
4 Kulturlandschaften, und bietet Lebensraum für eine große Vielfalt an Flora und  
5 Fauna. Streuobstanbau wird weitgehend ohne chemisch-synthetischen Pflanzenschutz  
6 betrieben. Die Potentiale der Filterwirkung und Abschirmung gegen Obstschädlinge  
7 und -krankheiten in vielfältig mit Obst- und anderen Baumarten gemischten  
8 Beständen bedürfen auch stärkerer wissenschaftlicher Beforschung. Unter den  
9 gegenwärtigen wirtschaftlich-technischen Rahmenbedingungen, und auch in Folge  
10 einer verfehlten EG-Politik zur Förderung der Plantagenwirtschaft durch Prämien  
11 für die Rodung von Streuobstanlagen in den 1970er Jahren, bedarf der  
12 Streuobstanbau heute der besonderen Fürsorge und Förderung durch die öffentliche  
13 Hand. Ziel grüner Politik muss es sein, vor allem im Hinblick auf den  
14 gewünschten Ausstieg aus dem chemischen Pflanzenschutz auch im Obstbau, die oben  
15 erwähnte verfehlte Politik wieder zugunsten von Streuobstanbau umzukehren.

16 Streuobstwiesen sind Bildungsorte und sollten als solche genutzt werden. Die  
17 praktische und theoretische Erläuterung von Pflanzen, Umwelt und Landwirtschaft  
18 kann so gut gelingen.

19 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN setzen sich für das Konzept "Bildung für nachhaltige  
20 Entwicklung" ein und werden insbesondere auch Streuobstwiesen dabei einbeziehen.

21 Die Vorteile des Streuobstanbaus sind vielfältig:

22 Erhalt der genetischen Ressourcen und damit Grundlage für die zukünftige  
23 Züchtung, auch

- 24 • vor dem Hintergrund eines sich verändernden Klimas
- 25 • Erhalt des Lebensraumes einer Vielzahl von Pflanzen und Tieren
- 26 • Ort der Bildung über natürliche Kreisläufe und Habitate
- 27 • Erhalt von jahrhundertealten Kulturlandschaften und Traditionen im  
28 ländlichen Raum

29 Neben der Erhaltung von Streuobstanlagen aus naturschutzfachlichen  
30 Gesichtspunkten brauchen wir eine Weiterentwicklung solcher Anbausysteme, z.B.  
31 eingebettet in moderne Agroforstsysteme, sowie neue Bewirtschaftungs- und  
32 Vermarktungskonzepte.

33 Hier sind auf allen politischen Ebenen von der EU bis in die Landespolitik  
34 Fördermaßnahmen sowie begleitende Forschung in Einrichtungen des Bundes und der  
35 Länder erforderlich.

36 Um eine maximale Flexibilität innerhalb vielfältiger Anbausysteme bis hin zu  
37 modernen Agroforstsystemen zu gewährleisten, muss die Streuobstförderung

38 unabhängig von und frei kombinierbar mit anderen Agrarumweltmaßnahmen, z.B. im  
39 Grünland- und Weidebereich, erfolgen.

40 Wir fordern, die Streuobstförderung auf mehreren Säulen aufzubauen, die allen  
41 naturschutz-fachlichen sowie den produktions- und vermarktungsorientierten  
42 Aspekten gerecht werden

43 • Die Forschung im Obstbaubereich fokussiert gegenwärtig fast ausschließlich  
44 auf die Plantagenwirtschaft und den dort herrschenden hohen Druck von  
45 Schädlingen und Krankheitserregern. Möglichkeiten, diesen durch  
46 vielfältiger gestreute Anbausysteme zu reduzieren, sowie innovative  
47 Bewirtschaftungs- und Vermarktungsmethoden in vielfältigen Anbausystemen  
48 müssen stärker in den Fokus der Wissenschaft kommen Dies muss sowohl in  
49 der Auslegung von Programmen zur Forschungsförderung sowie in der  
50 Ausrichtung der Landes- und Bundesforschung Niederschlag finden.

51 Monitoring und Überwachung der Förderprogramme müssen mehr ergebnisorientiert  
52 als auf formalen Kriterien aufbauend erfolgen.

53 Außerdem bitten wir das Umweltministerium, sich für eine Aufnahme von  
54 Streuobstwiesen (- Anlagen) in das Bundesnaturschutzgesetz einzusetzen.

## Begründung

Die naturschutzfachliche Bedeutung von Streuobst steht außer Frage. Die hohe Artenvielfalt (ca. 2700 Tierarten) in Streuobstwiesen wurde erst kürzlich durch eine Studie in Sachsen-Anhalt dokumentiert.

Darüber hinaus sehen wir den Streuobstanbau, vor dem Hintergrund unserer Forderung nach einem Ausstieg aus dem chemischen Pflanzenschutz, als Schlüssel für einen nachhaltigen, chemie- und kupferfreien Obstanbau. Als Kombination von Mono- und Dauerkultur ist der heutige Plantagenobstbau extrem durch Krankheiten und Schädlinge gefährdet. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Plantagenobstbau übertrifft bei weitem alle anderen land- und gartenbaulichen Produktionsrichtungen. Im ökologischen Obstbau werden statt chemisch-synthetischer Pestizide kupferhaltige Mittel eingesetzt, deren Umweltwirkungen mindestens ebenso kritisch zu sehen sind. Natürlicherweise kommen Wildobstarten eingestreut in artenreiche Waldbestände vor. Wir erwarten von Streulagen und Mischanbau eine natürliche Abschirmung und Filterwirkung gegen Krankheiten und Schädlinge des Obstes. Auch heute werden Streuobstanlagen meist nicht gespritzt.

Streuobstanbausysteme werden anbausystematisch den Agroforstsystemen zugerechnet. Traditionell sind silvopastorale (Kombination mehrjähriger Gehölze mit Grünland und Weidewirtschaft) und silvoarable (Kombination mehrjähriger Gehölze mit Ackerwirtschaft) Agroforstsysteme bekannt. In Deutschland am bekanntesten ist die traditionelle Streuobstwiese. Allerdings finden neuerdings Agroforstsysteme in Verbindung mit Ackerbau wieder zunehmendes Interesse. Streuobst kann daher in vielfältige Anbausysteme eingebettet werden. Die Förderung sollte dies berücksichtigen und auf die Streulage von Obstbäumen unabhängig von der Unternutzung fokussieren. Die Streuobstförderung muss mit Förderungen weiterer Agrarumweltmaßnahmen (z.B. Grünlandförderprogramme) frei kombinierbar, aber von diesen unabhängig sein.

## S-1 Antrag zur Änderung der Finanzordnung in Paragraph 3

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 27.06.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge zur Änderung der Satzung des Landesverbandes

1 Der Landesparteitag möge die folgende Änderung der Finanzordnung in Paragraph 3  
2 Absatz 3 und die Streichung von Absatz 7 beschließen:

3 3.3. Die Höhe der MandatsträgerInnenbeiträge für Abgeordnete des Landtags von  
4 Sachsen-Anhalt beträgt einheitlich 13,5 Prozent der jeweiligen Grundvergütung  
5 (Entschädigung) aus einem Abgeordnetengehalt. Abgeordnete mit Funktionszulage  
6 (z.B. Fraktionsvorsitz, parlamentarische Geschäftsführung, Ausschussvorsitz,  
7 Parlamentspräsidium) entrichten zusätzlich zur Abgabe aus der Grundvergütung  
8 (Entschädigung) 13,5 Prozent der jeweiligen Funktionszulage.

9 Für weitere steuerpflichtige Zulagen, die aus dem Mandat herrühren (wie z.B.  
10 Vergütungen für die Mitgliedschaft im Rundfunkrat, in Beiräten oder  
11 Aufsichtsräten), wird ebenfalls ein Sonderbeitrag in Höhe von 13,5 % entrichtet.

12 Die Höhe der MandatsträgerInnenbeiträge für InhaberInnen von Regierungsämtern  
13 (z.B. MinisterInnen, StaatssekretärInnen) beträgt ebenfalls 13,5 Prozent des  
14 jeweils aktuellen Grundgehaltes. Für eventuelle Zulagen sind ebenfalls Abgaben  
15 in Höhe von 13,5 Prozent zu entrichten.

16 Allen MandatsträgerInnenbeitragszahlenden, die unterhaltspflichtige Kinder  
17 haben, steht auf Antrag beim Landesvorstand für jedes Kind ein Betrag von  
18 monatlich 0,5 Prozent der Grundvergütung (Entschädigung) zu, der von der  
19 MandatsträgerInnenbeitragszahlung abziehbar ist. Gleiches gilt für auf  
20 Funktions- und weitere Zulagen zu zahlende Beiträge.

## Begründung

Der Landesvorstand empfiehlt nach den Beratungen im letzten Jahr diesen Kompromissvorschlag zur Zahlung der MandatsträgerInnenbeiträge, wonach die Höhe von 13,5 Prozent einheitlich für alle zahlungspflichtigen Abgeordneten und Regierungsmitglieder gelten soll. Abziehbar sollen weiterhin 0,5 Prozent der entsprechenden Vergütung pro unterhaltspflichtigem Kind sein. Der Aktionsfonds der Fraktion soll keine Berücksichtigung mehr finden.

Diese Regelung wurde bereits vorläufig vom Landesdelegiertenrat am 02.12.2016 nach § 8 Absatz 2 unserer Finanzordnung in Kraft gesetzt und gilt seit dem 01.01.2017. Sie hat sich aus Sicht des Landesvorstands seither außerordentlich gut bewährt, so dass um einen bestätigenden Beschluss Landesparteitags als satzungsänderndes Organ gebeten wird.

Damit kann eine längere parteiinterne Diskussion mit einem funktionierenden Kompromiss beendet werden. Daher werben wir um Eure Zustimmung.

## S-2 Anträge auf Änderungen Satzung und LschiedsO Landesverband Sachsen-Anhalt

Gremium: Landesschiedsgericht (Ulrike von Thadden, KV Anhalt-Bitterfeld; Beate Thomann, SV Halle; Peter Osten, KV Harz; Katja Wolke, SV Magdeburg)  
Beschlussdatum: 17.07.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge zur Änderung der Satzung des Landesverbandes

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Antrag A: § 3 Abs. 7 der Satzung wird gestrichen.

3 Begründung: Der zu streichende Satz lautet: „Der Ausschluss ist wirksam, wenn  
4 das zuständige Schiedsgericht die Ausschlussentscheidung getroffen hat.“ Es muss  
5 jedoch berücksichtigt werden, dass die Berufung aufschiebende Wirkung hat und  
6 den Eintritt der Rechtskraft hindert.

7 Antrag B: § 9 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz der Satzung „eine Wiederwahl ist  
8 möglich“ wird geändert in : „die Wiederwahl ist möglich“.

9 Begründung: Die jetzige Formulierung ist missverständlich, weil die Betonung auf  
10 „eine“ liegen kann – das hieße, dass die Schiedsrichter längstens für 4 Jahre  
11 gewählt werden können. Oder die Betonung liegt auf „Wiederwahl“, danach können  
12 die Schiedsrichter mehrmalig wiedergewählt werden.

13 Allgemein wird von Letzterem ausgegangen, mehrmalige Wiederwahlen sind möglich  
14 und zulässig und werden so praktiziert. Dies verdeutlicht die beantragte  
15 Änderung.

16 Antrag C: Redaktionell: In Abs 2 Satz 2 ändern Abs. 2 Abs. 1.

17 Antrag D: Redaktionell: den Gender-Star verwenden in allen Regelungen.

18 Antrag E: Vor § 1 der LSchiedsO wird eingefügt: „Der Sitz des  
19 Landesschiedsgerichts ist am Sitz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt.“

20 Begründung: der gesamte Absatz lautet mit der Änderung: Diese Schiedsordnung  
21 regelt das Verfahren vor dem Landesschiedsgericht. Zusammensetzung und  
22 Zuständigkeit des Landesschiedsgerichtes sind in der Satzung des Landesverbandes  
23 geregelt (§ 9). Der Sitz des Landesschiedsgerichts ist am Sitz von BÜNDNIS  
24 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt.

25 Damit ist für alle Beteiligten deutlich, an welche Adresse Anträge, Anfragen  
26 etc. zu richten sind. Nämlich an die Adresse der Landesgeschäftsstelle.

27 Antrag F: § 1 Abs. 5 der LSchiedsO wird ergänzt: „Die benannten Beisitzer\*innen  
28 müssen Mitglied von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN sein.“

29 Begründung: Die Parteien haben das Recht, je eine weitere Beisitzer\*in zu  
30 benennen. Die benannten Schiedsrichter\*innen erhalten vertrauliche Informationen  
31 über parteiinterne Angelegenheiten und müssen deshalb Mitglied unserer Partei  
32 sein.

33 Antrag G: In § 2 Abs. 1 der SchiedsO wird „prinzipiell“ gestrichen und lautet  
34 dann: „Anträge an das Landesschiedsgericht sind schriftlich einzureichen, zu  
35 begründen und erforderlichenfalls mit Beweismitteln zu versehen.“

36 Begründung: Von dem Schriftformerfordernis gibt es keine Ausnahme.

37 Antrag H: In § 2 Abs. 2 der SchiedsO wird „bei dem Landesschiedsgericht“  
38 eingefügt, der Satz heißt somit: „Anträge, Schriftsätze und Urkunden, auf die  
39 Bezug genommen wird, müssen in 4facher Ausfertigung bei dem  
40 Landesschiedsgerichteingereicht werden.“

41 Die nachfolgende Passage wird gestrichen.

42 Begründung: Einreichung bei Vorsitzenden oder Beisitzern wäre nur bei Kenntnis  
43 von deren Adresse möglich und damit ungewöhnlich.

44 Antrag I: § 2 Abs. 3 LSchiedsO wird gestrichen, Abs. 4 alte Fassung wird Abs. 3.

45 Begründung: Der Sitz des LSchiedsG ist die Landesgeschäftsstelle, damit erübrigt  
46 sich Abs. 3.

47 Antrag J: In § 3 LschiedsO wird ein neuer Abs. 5 eingefügt: „Das LSchiedsG  
48 ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen.“

49 Begründung: Klarstellung, Text wie BSchiedsO

### S-3 Antrag Doppelmitgliedschaft

Gremium: GRÜNE JUGEND SACHSEN-ANHALT (GJ LSA)  
Beschlussdatum: 19.07.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge zur Änderung der Satzung des Landesverbandes

- 1 Die GRÜNE JUGEND SACHSEN-ANHALT (GJ LSA) stellt einen Antrag auf automatische
- 2 Mitgliedschaft von Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, die das 30. Lebensjahr
- 3 noch nicht vollendet haben, bei der GRÜNEN JUGEND.
- 4 Die Mitgliedschaft soll nach dem Opt-Out Verfahren nicht verpflichtend sein.
- 5 Gleichzeitig verpflichtet sich die GJ LSA dazu, dass auch ihre Mitglieder
- 6 automatisch Mitglied bei der Partei Bündnis 90/Die Grünen werden, wenn diese
- 7 nicht die Option des Opt-Outs wählen.

## S-3-Neu Antrag zur Änderung der Satzung in § 2

Gremium: GRÜNE JUGEND SACHSEN-ANHALT (GJ LSA)  
Beschlussdatum: 17.08.2017  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge zur Änderung der Satzung des Landesverbandes

- 1 Der Landesparteitag möge die folgende Änderung der Satzung in Paragraph 2 –
- 2 Mitgliedschaft – durch Einfügen eines neuen Absatzes beschließen:
- 3 (6) Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres ist jedes Mitglied von BÜNDNIS
- 4 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt gleichzeitig Mitglied der GRÜNEN JUGEND Sachsen-
- 5 Anhalt. Ein Widerruf ist jederzeit möglich und kann bereits beim Beantragen der
- 6 Mitgliedschaft durch das Ankreuzen der Opt-Out-Option auf dem Beitrittsformular
- 7 erklärt werden. Nachträglich muss der Austritt gegenüber der jeweils für die
- 8 Mitgliedschaft zuständigen Ebene schriftlich erklärt werden.

### Begründung

Die Grüne Jugend Sachsen-Anhalt gehört bundesweit zu den schwächeren Landesverbänden. Durch den Antrag haben wir zum einen die Möglichkeit neue Mitglieder zu erhalten, andererseits erlangen wir Kenntnis darüber, wo sich junge, interessierte Menschen in Sachsen-Anhalt befinden. Diese können wir unterstützen und entsprechend fördern. Wir können neue Ortsgruppen gründen und dadurch auch den Kreis- und Stadtverbänden von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mehr Unterstützung anbieten. Sie können besser gehalten werden, da sie durch uns Ansprechpartner in ihrem Alter haben, wodurch eine oftmals wichtige Hemmschwelle beseitigt wird.

Natürlich haben wir einen finanziellen Vorteil. Je mehr Mitglieder wir haben, desto mehr Geld erhalten wir vom Bundesverband der Grünen Jugend. Mit mehr Geld wiederum, können Ideen und Projekte besser umgesetzt werden.

Und nicht zu vergessen: auch der Landesverband von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erhält neue Mitglieder, wenn jemand der GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt beitrifft.

Keine Forderung ohne Gegenleistung. Die GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt verpflichtet sich im Gegenzug dazu, dass alle Neumitglieder automatisch Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden, wenn diese nicht die Option des Opt-Out wählen.